

## NEUERE LITERATUR ÜBER DEN NEOLIBERALEN DRSCHUNDEL

RAINER HABERMEIER

Die gegenwärtige Phase der Modernität, gekennzeichnet vor allem durch die Neoliberalisierung der Ideologie und Institutionen und die Globalisierung des Kapitals und Warenverkehrs, ist nach zwei Jahrzehnten des Triumphmarsches nunmehr in ein Stadium getreten, wo die seit langem zunehmenden Widerstände in Form von politischem Protest und theoretischer Kritik so viel an Gegenmacht gewinnen, dass auch die konformen Massenmedien nicht umhin können, dieser radikalen Opposition Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist gewiss verfrüht, deswegen zu diagnostizieren, dass der Neoliberalismus und globalisierte Kapitalismus ihre letzten Jahre erreicht haben und bald in Rente gehen (obwohl ja das Finanzkapital das Steuer übernommen hat). Aber in Publikationen der Akademie, wo die Abneigung nie versiegt ist, brach, vor allem mit dem ruhmlosen Abgang der gloriosen new economy um die Jahrtausendwende, eine flotte Konjunktur für Kritik an der neoliberalen Wirtschaftsordnung an, von der akademisch verbrämten Polemik bis zu dem gewöhnlichen Graubrot der Statistik-Kommentare.

### I.

Der kleine und agile Verlag der **Berghahn Books (New York und Oxford)** lässt seit einigen Jahren eine Reihe 'Critical Interventions' erscheinen, von dem australischen Ethnologen **Bruce Kapferer** herausgegeben, zur Zeit an der Universität Bergen/Norwegen, wo er ein Forschungsprojekt über gegenwärtige Staatenformung leitet. In dieser Reihe ist **2005** ein Bändchen über '**Oligarchs and Oligopolies**' (116 S., ISBN 1-84545-174-0) herausgekommen, von Kapferer direkt ediert. Unter dem Beititel 'New Formations of Global Power' finden sich sechs Aufsätze von fünf universitären Ethnologen und einem freien Autoren und Filmproduzenten. Die Einleitung des Herausgebers über 'Oligarchic Corporations and New State Formations' bemüht sich, die neuen Grundzüge der Konstellation politischer und wirtschaftlicher Mächte in der Gegenwart zu skizzieren. In Anknüpfung zwar an die ehrwürdige Oligarchie- und Klassentheorie des Staates will Kapferer doch die qualitativ neue Entwicklungsstufe an heutigen Staatsphänomenen hervorheben, obgleich vieles noch vage und im Übergang sei: "the oligarchic-corporate state formation", wobei er auf den vieldiskutierten, gleichthematischen Versuch von M.Hardt und A.Negri: *Empire* (erschienen 2000), hindeutet, seltsamerweise aber C.Reichs immer noch kurrente Prägung "corporate state" aus dem Bestseller 'The Greening of America' von 1970 nicht erwähnt.

Auch die meisten Oligarchietheorien unterscheiden bekanntlich diverse Entwicklungsstufen: vor allem den feudal-aristokratischen und den imperial-bürokratischen Staat, den modern-liberalen oder -demokratischen Nationalstaat, und behalten auch die letzten zwei unter ihrer Obhut, indem sie das liberalistische Prinzip der Trennung von Staat und Wirtschaft

bzw. die Idee der Volkssouveränität im Nationalstaat als ideologischen Schleier der grossbürgerlichen Klassenherrschaft abwerten. Immer schon ist der Staat, in dieser Sichtweise, je nach evolutionärer Stufe und geschichtlicher Variante mehr oder weniger, unter dem Kommando oder Einfluss der wirtschaftlich herrschenden Klasse gestanden. Die hauptsächlichste Aporie kritischer Politiktheorien aber, die sich, nach dem Zweiten Weltkrieg, als das "Ende der Ideologien", zuerst von dem Weberianer R. Aron ausgerufen, zu dämmern begann, um empirisch wohl begründete Darlegungen des intrikaten Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft bemühen, ist der überzeugende Nachweis eines permanenten oder strukturellen Primats der Kapitalinteressen in den Entscheidungslisten der verschiedenen Staatszweige und -organe. Mit diesen methodischen Skrupeln belastet sich der Herausgeber nicht; es geht ihm wie den anderen Beiträgern des Buches vielmehr um einige grosse Züge der neu emergenten Stufe des Staates, die in plakativen Thesen mit moralisch gelenktem Blick auf Profitgier und Gewalttendenz der Konzerne umschrieben werden. Das Buch gehört also in den politikorientierten Aussenbereich der Sozialwissenschaften oder, wenn man so will, in die politiknahen Instanzen des Vermittlungsweges zwischen Theorie und Praxis. Dagegen ist selbstverständlich nichts zu sagen, es handelt sich, gleich ob anti- oder prokapitalistisch, um eine notwendige Instanz in der Vermittlung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die wichtigsten Fragen sind natürlich, ob die Thesen im Grossen und Ganzen zutreffen und ob ihre Form dem politischen Zweck zuträglich sei.

Der Ethnologe Kapferer erinnert an eine kürzliche Debatte in der Ethnologie über den modernen euro-amerikanischen Nationalstaat. "The critique of the state and the attempt to reconceptualize it by some anthropologists [...] are also a critique of anthropology and, by implication, the participation of its proponents (even if unintentionally) in the institution of the humanly destructive and oppressive orders of the state at home and abroad." (S.3) Vor diesem Hintergrund ziehen der globalisierte Kapitalismus und seine Staatsformen das Interesse vieler, hauptsächlich postmodernistischer Ethnologen auf sich. Sie verstehen diese Staatsformen als Untergang nicht nur des Nationalstaates alten Stils, sondern des Staates überhaupt, oder, und der Herausgeber steht dafür, als Übergang zu neuen Staatsformen und Politikordnungen. Die Ersteren sehen unter dem Primat der globalen Wirtschaft den Staat, in unbewusster Ironie ein Axiom des Saint-Simonismus und Marxismus wiederholend, quasi absterben oder in die Irrelevanz zurücksinken. Kapferer setzt sich von diesem Ökonomismus ab, der bis zu methodologischen Reformvorschlägen geht, das "business-management speak" übernimmt und derart sich selbst der Ideologie nähert, die der aufsteigende konzern-oligarchische Staat ausstrahlt. Dem stellt er die These entgegen, dass die politischen Auswirkungen der Kapitalglobalisierung (Versagen postkolonialer Staaten, Porosität der Grenzen, Privatisierung staatlicher Aufgaben samt deren Anstalten usw.) Reaktionen, und zwar teils defensive, teils produktive Reaktionen der Nationalstaaten sind, die noch lange nicht, falls überhaupt jemals, im Absterben begriffen sind. Mit Bedacht wählt Kapferer den klassischen Ausdruck "Oligarchie" für die Machtstruktur des Konzerns, ungeachtet der personalistischen Konnotation, genauer: seiner platonischen Herkunft (Politeia VIII), denn es ist einigen Ethnologen nicht entgangen, dass "there is a similarity between modern notions of the corporation and powerful kin-based structures that act in concert to protect their political and economic resources." (S. 5) Die quasi aristokratische Machthierarchie, das Geflecht persönlicher Beziehungen, das Muster der Versippung, Patronage und Loyalität in den Bürokratien der modernen Konzerne gemahnen sehr an vormoderne Sozialstrukturen, bis zurück ins Archaische (auch hier finden

die einschlägigen Elitentheorien von Mosca und Pareto bis C.W.Mills und daran anschließende Forschungen keine Erwähnung, wie überhaupt Kapferers Forschungsliteratur sich auf Publikate der letzten Jahre beschränkt).

Während in der verflossenen Ära des weitgehend souveränen Nationalstaates die kapitalistische Oligarchie mit den liberalen formal-egalitären oder demokratischen, aber begrenzt egalitären Politikverhältnissen Kompromisse schliessen musste, so dass sich ihre wirtschaftliche Macht in der Politik und vielen anderen Hinsichten nur in, freilich oft starken, Einfluss umsetzte oder, unter Bedingungen der Sozialdemokratie, zuweilen auf die letzte Vetomacht zurückziehen musste, zeichnet sich die Gegenwart dadurch aus, dass die Oligarchie die Kompromisse gesprengt hat und in extra- oder transtaatlicher Ausweitung ohne Staatsbürgergemeinschaft auskommt: sie benötigt nur Aktionäre und Konsumenten. Allenfalls lassen sie sich zu PR-Zwecken und zur Sozialprävention auf karitative und sponsoralen Ausgaben ein. Sie brauchen gewiss noch etwas Staat, auch Nationalstaat, aber viel weniger als früher: “production is now decentered and widely distributed [...] in a post-modern ‘putting-out’ system articulated via computer technology — what Hardt and Negri label as ‘post-Taylorist Toyotism’. The state has become, in many instances, a hindrance to oligarchic-corporate expansion. The rhizomic mushrooming of corporations, interlocking directorships, and shadow companies has been met with state constraints, but corporations have found creative ways of escaping them and the revenues that states had been able to command.” (S.8) Exemplarisch für den neoliberalen Staat sind die USA, deren demokratische Traditionen und Gemeininteressen die Unterstützung der Massen geniessen, deren politisches Zentrum aber grösstenteils auf die Interessen der Konzern-Oligarchie ausgerichtet ist.

Dabei macht Kapferer einige neue Tendenzen aus:

(a) Mit der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals (und seiner Oligarchien) schrumpft das demokratische Potential der Massen, solange diese nicht eine gleiche internationale Mobilität oder Solidarität entfalten, sondern sich in Nationalismus, Rassismus usw. einfangen sowie einen nationalstaatlich basierten Verschuldungskonsumismus verwickeln lassen.

(b) Konzerne verzahnen sich immer mehr mit Staatsorganen (“Private-Public Partnership” usw.) oder reissen ganze staatliche Aufgaben und öffentliche Dienste an sich, um diese ihren Profitinteressen zu unterwerfen. Die klassisch liberale Grenzlinie zwischen öffentlich-staatlichen und privatwirtschaftlichen Bereichen schwimmt — ohne dass die Konzerne auch die Gemeinschaftslasten und Wohlfahrtskosten übernehmen.

Die Konzerne sind an keine Nationalterritorien gebunden, sie sind transnational, “states without borders” (S.9), in Nachfolge der kolonialen Handelsfirmen, die im 16. Jahrhundert entstanden und im 19. ihren Machtgipfel erklommen, am berüchtigsten für ihre Ausbeutungsdespotie die British East India Company. Anstatt der unpersönlich-normativen Bürokratie des Staates findet sich in ihnen eine manageriale Pyramide, deren oberste Ränge sich mit einer personalen Autokratie auf die raschen Schwankungen der hin- und herflutenden Globalmärkte besser einzustellen hoffen. Dieser Machtstruktur eifert mehr und mehr der Staat selbst nach, wie seit längerem das nach kapitalistischen Kriterien erfolgreiche Singapur vorführt. Auf grösserer Skala tritt hier die EU seit Maastricht auf.

(c) Wie oben erwähnt, werden alte Ideologien und Integrationsformen neu aufgelegt, aber mittels einer kennzeichnenden Einstellung modifiziert: Familie, Religion, Nationalismus werden Gegenstand der Konsumtion. Sie sind Orte eines Subjektivismus geworden, der sich mit

der Virtualität der elektronischen Medien wappnet, die nach Laune des Benutzers sich auf Tastendruck verändern lässt. Kapferer erinnert an die Diskussion über “Disneyfication” und “McDonaldization”. Die transnationalen Konzerne machen sich dabei nicht nur als Lieferanten der Markenwaren geschäftig, sondern privatisieren die öffentlichen Sozialräume und deren Identitäten. Die Schaffung von Sicherheitsrisiken und die darauf folgende Überwachung der Bevölkerungsreaktionen auf die Risiken gehen Hand in Hand mit der konsumistischen Ausrichtung der Bevölkerung auf die Images und Waren der Konzerne, die sich als rettende Führer im Risikochoas präsentieren.

An Kapferers lange, aber lesenswerte Einleitung schliessen sich fünf Aufsätze an, leider von sehr unterschiedlicher Güte. Der US-amerikanische Ethnologe D.Nomini liefert eine bissige Polemik gegen die “kleptocratic oligarchy”, die in den neoliberalisierten USA die Demokratie unterwandert hat, um die staatlichen Haushalte legal oder halblegal zu plündern, wie schon einmal, in dem ‘Gilded Age’ 1880-1910. Die Kapitaloligarchie hat sich oder ihre Vertreter direkt in höhere Staatsposten eingenistet, die Märkte, besonders für jene Güter und Dienste dereguliert, die als öffentliche der Staat und die Gesellschaft benötigen (Waffen, Logistik, Raumfahrt, Überwachung, Nachrichten, Gesundheit und Erziehung), und transferiert nun im Namen der Marktfreiheit immense Staatsgelder auf legalen Wegen in die eigenen Taschen. Nonini knüpft explizit an G.W.Domhoffs Klassiker ‘Who Rules America’ von 1967, neu aufgelegt 2002, an und referiert dessen Analysen, wie die Demokratie eine Plutokratie verdeckt — normalerweise. Ausnahmen, als die Demokratie demokratisch zu werden begann, waren in den Dreissiger Jahren der New Deal und in den Sechzigern die Civil Rights/Vietnam-Bewegung. Nomini sieht nun die nächste Stufe erklommen: mit der Globalisierung und Neoliberalisierung ist die Demokratie aus der plutokratischen Normalität auf die andere Seite gekippt, in die Kleptokratie. In deren Zentrum entdeckt er eine Finanzfirma, die Carlyle Group, die von der Bush-Familie und ihrer Koterie beherrscht wird, obgleich am Spinnennetz ebenso sehr Finanzmagnaten wie G.Soros oder A.Levitt mitweben, die der Democratic Party alliiert sind. Die Kleptokratie ist smarterweise überparteilich (“bipartisan”).

Baldige Folge davon ist, naheliegend, eine fiskalische Misere, vergrößert durch Militärausgaben für die häufigen Kriege, die zur nationalistischen Integration gegen die angeblich bedrohliche Aussenwelt geführt werden müssen. Der absehbare Ruin der Staatsfinanzen in nicht ferner Zukunft und seine Auswirkungen auf die wirtschaftliche und politisch-militärische Hegemonialposition der USA machen den “many savvy men and women in the corporate community” immer öfter schlaflose Nächte. Nomini setzt seine Hoffnung, bei unveränderlicher Abwesenheit einer echten Demokratie, darauf, “that the elite soon comes to its senses” (S42). Was immer das heissen mag.

Die folgenden Aufsätze beschäftigen sich mit Vorgängen und Aspekten des Militärapparates der USA und mit anderen Regionen: Russland, Afrika, Australien. Sie sind locker gewebt und, auch im Blick auf die Standards der Einleitung, hie und da oberflächlich; man fühlt sich an Zeitungsberichte erinnert.

## II.

Um ein beträchtlich grösseres Kaliber handelt es sich bei **David Harvey: A Brief History of Neoliberalism, Oxford 2005**, als Paperback 2007 (247 S., ISBN 978-0-19-928327-9). In der

Perspektive eines marxistisch versierten Sozialdemokratismus, der sich K.Polanyi verpflichtet weiss, skizziert der bekannte New Yorker Sozialwissenschaftler die Entstehung und Entwicklung des Neoliberalismus mit vielerlei geschichtlichen Einzelheiten, wobei er den Neoliberalismus umfassend versteht: die anfangs eher cliquenartig-konspirative (Mont Pelerin Society und Chicago economics), dann klassenweite Sozialbewegung, ihre Ideologie und den politisch-ökonomischen Umbau seit den Siebziger Jahren, alles mit dem Ziel, die Vormacht der Kapitalklasse zu restaurieren, da die Klassenbalance in den Sechziger und Siebziger Jahren sich sehr zu deren Ungunsten verschoben hatte. Der liberale Kapitalismus war im 20. Jahrhundert, in Systemkonkurrenz mit dem Staatssozialismus, mehr und mehr wohlfahrtsstaatlich und gewerkschaftlich eingezäunt und zurückgedrängt worden (Harvey spricht, Polanyi folgend, von "embedded liberalism"). Als in den Siebzigern das Wirtschaftswachstum stagnierte und, nicht allein infolge der zwei sogenannten Ölkrisen 1973 und 1979, die Inflation überhand nahm, sammelten sich die politischen und ideologischen Organisationen und Gruppierungen des internationalen Kapitals unter der Führung des US-amerikanischen und gingen zum Gegenangriff über. Der Autor zeichnet den Weg der neoliberalistischen Theorieherstellung und -verbreitung nach, wobei er Hayek, Mises, Friedman und Popper am Abhang des Mont Pelerin und ihren prominenten Ablegern, dem Institute of Economic Affairs in London und der Heritage Foundation in Washington, gebührende Aufmerksamkeit schenkt. Nachdem es diesen gelang, Hayek 1974 und Friedman 1976 den Nobelpreis in Ökonomie zu verschaffen, der, anders als die originalen Nobelpreise, lange nach Nobels Ableben von schwedischen Grossbanken gestiftet worden war und von affilierten Ökonomen verliehen wird, war die Flutwelle der neoliberalistischen Ideologie freigesetzt, und entsprechende politische Bewegungen konnten in die Wege geleitet werden. 1979 wurde M.Thatcher in Britannien gewählt, der Labour-Keynesianismus beiseite geschoben und der "supply-side"-Monetarismus zur Dogmatik der Wirtschaftspolitik erhoben: das neoliberale "disembedding" des Kapitalismus begann, vor allem mit einer frenetischen Deregulierung und Privatisierung. Die Sozialdemokratie wurde zugunsten des neoliberalisierten Konservatismus beseitigt, die Gewerkschaften niedergeworfen, die Leistungen des Wohlfahrtsstaates weit reduziert, öffentliche Unternehmen, Dienste und Anstalten verkauft, Steuersätze, besonders für Unternehmen und obere Einkommensränge drastisch vermindert, ausländische Investitionen, auch von fluktuierendem Portfolio, mit vielerlei Vergünstigungen ermuntert. "All forms of social solidarity were to be dissolved in favour of individualism, private property, personal responsibility, and family values." (S.23)

Auch in den USA fing die Wende von den Spätstadien der keynesianischen Wirtschaftspolitik des Roosevelt'schen New Deals zum Monetarismus der Chicago School Friedmans 1979 an, mit dem sogenannten Volcker shock. Der damalige Vorsitzende der Zentralbank unter der Carter-Regierung schraubte den nominalen Zinssatz auf fast 20% hoch (fast 9% Realzins), um mit einer Rosskur die Stagflation abzuwürgen. Wie das Amen in der Kirche folgte eine tiefe Rezession, und die Republican Party mit R.Reagan kam ein Jahr später an die Regierung. Wie in Britannien die Thatcher-Regierung, so attackierte die Reagan-Regierung die Gewerkschaften und kürzte sehr die Sozialleistungen. 1990 war unter Reagans Nachfolger Bush I. der gesetzliche Mindestlohn schliesslich um 30% unter die Armutsgrenze gesunken, wogegen der höchste Steuersatz auf Personeneinkommen von 70% auf 28% gesenkt worden war. Die Deregulierung der Wirtschaft von der Telekom- bis zur Finanzbranche verlagerte viele Industrien ins Ausland ("outsourcing") und liess breite Schichten der Arbeiterschaft verarmen.

Während der Umweltschutz natürlich den Kürzeren zog, legte, ganz unneoliberal, die Reagan-Regierung ein riesiges schuldenfinanziertes Rüstungsprogramm nach dem anderen auf, das rechtskeynesianisch die Konjunktur über Jahre am Laufen hielt.

Ein wichtiger Faktor bei der Einführung der neoliberalen Wirtschaftspolitik waren die hohen Ölpreise im Gefolge der zwei Ölkrisen der Siebziger Jahre. In der stagflationären Paralyse kamen sie dem US-amerikanischen Finanzkapital wie gerufen oder, wie manche Historiker glauben, wurden sogar von ihm in die Höhe getrieben. Harvey nimmt dazu keine klare Stellung, obgleich er sich auf das bekannte Buch von P.Gowan: *The Global Gamble: Washington's Faustian Bid for World Dominance*, 1999, bezieht, das eine solche Ansicht der Ölkrise vertritt. Harvey begnügt sich mit der Feststellung: "We know from British intelligence reports that the US was actively preparing to invade these countries in 1973 in order to restore the flow of oil and bring down oil prices." Das allein hätte dem US-amerikanischen Industriekapital, das in der internationalen Konkurrenz, besonders gegen Japan und Westdeutschland, zurückgefallen war, nicht viel geholfen, weil niedrigere Ölpreise so oder so auch den Konkurrenten zugute gekommen wären. Was nötig schien, war eine Verschiebung auf andere Kapitalektoren, nämlich auf jene US-amerikanischen, die noch international unangefochten führten oder zur Führung leicht aufsteigen konnten. Harvey fährt daher fort: "We also know that the Saudis agreed at that time, presumably under military pressure if not open threat from the US, to recycle all of their petrodollars through the New York investment banks. The latter suddenly found themselves in command of massive funds for which they needed to find profitable outlets." It could not have been very suddenly — die Überraschung wurde wohl im Schaufenster aufgeführt. "The options within the US, given the depressed economic conditions and low rates of return in the mid-1970s, were not good. More profitable opportunities had to be sought out abroad." Dies war aber den Strategen des Finanzkapitals, die ja nicht auf den Kopf gefallen sind, vermutlich schon lange vor der Lawine der Öldollars glasklar. "The New York investment banks looked to the US imperial tradition both to prise open new investment opportunities and to protect their foreign operations." (S.27) Klingt, als ob es das erste Stelldichein gewesen wäre. An diesem eingängigen Narrativ zeigt sich, wie sich in diesem Buch öfter die erzählende Historie vor die sozialwissenschaftliche Strukturanalyse drängt. Gewiss, es ist dem Titel gemäss eine 'History', und liest sich aufgrund der narrativen Elemente meistens sehr flüssig. Aber die Historie darf nicht über unpassende Gegenstände triumphieren.

Dass es sich um einen qualitativen Sprung des US-amerikanischen Imperialismus handelte, geht nicht deutlich genug hervor. Der Autor kennt natürlich den Unterschied zwischen dem klassischen Imperialismus der alten Kolonialmächte und dem neueren der USA, den diese, nach einigen, vergleichsweise wenigen Kolonialisierungen des 19. Jahrhunderts, im 20. entfalten, und weist auf die Beispiele Nikaragua unter dem Despoten Somoza, Iran unter dem Schah, Chile unter Pinochet hin: Ausbeutung mittels einheimischer Stellvertreter mit Scheinsouveränität. Diesen indirekten Imperialismus hob das Finanzkapital nunmehr auf eine neue Stufe, indem die USA sich um die Liberalisierung der ausländischen Finanzmärkte bemühten und die Keynesianer aus dem IWF und den affinen internationalen Organisationen drängten. Das Programm wurde propagandistisch zum "structural adjustment" euphemisiert und den in die voraussehbaren und prompt eintretenden Schuldenkrisen verwickelten Staaten wie Mexiko 1982/83 auferlegt. "One effect [...] was to permit US owners of capital to extract high rates of return from the rest of the world during the 1980s and 1990s [...] The restoration of power to

an economic elite or upper class in the US and elsewhere in the advanced capitalist countries drew heavily on surpluses extracted from the rest of the world through international flows and structural adjustment practices.” (S.29 ff) Dass das Finanzkapital in den Siebzigern seinen Aufstieg zur Vorherrschaft antritt, und zwar vor allem die aggressiven Syndikate des Spekulationskapitals, hätte der Autor mehr herausstellen müssen.

Ein damit zusammenhängendes Problem ist, wie schon gestreift, der Klassenbegriff. Er macht, wie bei allen wesentlichen soziologischen Untersuchungen, die latente Mitte in der Kategorialstruktur des Buches aus. Harvey sieht in der Neoliberalisierung das Streben der Kapitalklasse danach, ihre Vormacht wieder herzustellen, obgleich auch neue Kapitalektoren dabei nach oben gelangen: durch “financialization of everything” (S.33). Weniger die früheren Dominanzgruppen des Kapitals, das alteingesessene Produktions- und Handelskapital, als vielmehr Aufsteiger und vor allem das hochmobile Finanzkapital, das sich in Spekulations- und Portfolio-Investitionen umtreibt, ergattern die neue Vormacht. Daher bemühten sich auch grosse Industrieunternehmen wie US Steel oder General Electric, am dionysischen Treiben des Finanzkasinos teilzunehmen. Wall Street, das kesse Investmentkapital, triumphierte über Main Street, das altmodische Bankkapital (und über die Automobilindustrie in Detroit sowieso).

Diese Darstellung trifft zweifellos in der Sache zu, aber Harvey hantiert dabei ziemlich unbekümmert mit dem Klassenbegriff: “One substantial core of rising class power under neoliberalism lies, therefore, with the CEOs, the key operators on corporate boards, and the leaders in the financial, legal, and technical apparatuses that surround this inner sanctum of capitalist activity.” (S.33) Damit geht Hand in Hand eine Schwächung und oft sogar partielle Enteignung der Aktionäre — wie ist das Verhältnis der Teilklassen und die Klassensolidarität davon affiziert ? Das Steilerwerden des Reichtums- und Machtkegels, auch innerhalb der Kapitalistenklasse, infolge des Neoliberalismus ist in der Tat erstaunlich: “the net worth of the 358 richest people in 1996 was ‘equal to the combined income of the poorest 45 per cent of the world’ s population — 2.3 billion people’. Worse still, ‘the world’s 200 richest people more than doubled their net worth in the four years to 1998, to more than \$ 1 trillion. The assets of the top three billionaires [were by then] more than the combined GNP of all least developed countries and their 600 million people.’” (S.34 f) Wie wirkt sich also diese Versteilung der Wirtschaftsmachtverteilung auf das Klasseninteresse und -bewusstsein aus ? Wie auf das der anderen Klassen ? Der Autor stellt sich diese politisch wichtigen Fragen leider nicht. Auch das — nicht gerade neue, aber politikpsychologisch interessante — Problem der Nationalität vs Internationalität der oberen Bourgeoisie wird nicht weiter analysiert; es bleibt bei: einerseits gibt es noch die nationalstaatlich konzentrierten Kapitalistengruppierung, heutzutage gewiss mit beträchtlicher transnationaler Kapitalstreuung und persönlicher Grenzüberschreitung, andererseits weist der Autor zu Recht auf Kapitalmagnaten wie R.Murdoch hin, die sich von Australien über Britannien nach den USA spreizen. “While this disparate group of individuals embedded in the corporate, financial, trading, and developer worlds do not necessarily conspire as a class, and while there may be frequent tensions between them, they nevertheless possess a certain accordance of interest that generally recognizes the advantages (and now some of the dangers) to be derived from neoliberalization.” (S.36) Damit ist allerdings noch nicht viel gesagt — die Analyse müsste hier beginnen und nicht aufhören.

Die bei weitem wichtigste Frage ist natürlich, wie es dem neoliberalisierten Kapital in den Demokratien gelungen ist, bisher die grosse Mehrheit der Wähler ihrer Sozialdemokratie zu entfremden und sich der erneuerten Kapitalvormacht zu unterwerfen. Harvey widmet der

Antwort mit Bedacht ein ganzes Kapitel unter dem Titel “The Construction of Consent”. Während in südamerikanischen Staaten der Siebziger Jahre die neoliberale Revolution mit despotischer Staatsgewalt exekutiert wurde, konnte sie in den Demokratien nur mit dem Votum der Wählermehrheit erreicht werden. Wie heutzutage auf der Linken modisch, greift der Autor bei diesem Problem auf A.Gramsci zurück, ohne dass damit viel gewonnen wird. Die Frage geht zuerst, schlicht gesagt, nach den vorherrschenden Ideologien in den verschiedenen Klassen und gesellschaftlichen Teilsystemen, nach deren Zusammenwirken zur Herstellung und Erhaltung der Plutokratie in demokratischem Gewande, und sodann nach den Interessen und Motiven, welche vor allem die Unterschichtmassen dazu verführen, gegen ihre eigenen Interessen denen einer Oligarchie zu folgen.

Harvey führt, hier stark gerafft, dazu an:

(1) Das Missbehagen aller Klassen an der Stagflation der Siebziger Jahre, die wie eine Sackgasse die in den Massen geweckten Mehr-und-Mehr-Erwartungen des Konsumtionshungers enttäuschte, so dass die neoliberalistische Propaganda, voran Thatchers berühmter TINA-Slogan (“There is no alternative”), für die neoliberalen “Reformen” als angeblich unumgängliche Auswege aus der Stagnation Glauben fand.

(2) Am Beispiel der Protestbewegungen der Sechziger Jahre bemüht sich der Autor zu zeigen, dass die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und der individuellen Freiheit, welche zwei die protestierende Jugend auf ihre eine Fahne geschrieben hatte, grossenteils nicht harmonieren: “Neoliberal rhetoric, with its foundational emphasis upon individual freedoms, has the power to split off libertarianism, identity politics, multiculturalism, and eventually narcissistic consumerism from the social forces ranged in pursuit of social justice through the conquest of state power.” (S.41) Das damalige Ideenbündnis zwischen Sozialismus und Libertarismus war nicht von Dauer, weil es sich nur gegen das “establishment” richtete, das mit Militarisierung (Vietnam-Krieg und Wehrpflicht), Rassendiskriminierung und allerlei anderen Resten des traditionellen Autoritarismus das zunehmende Verlangen nach individueller Freiheit und sozialer Gleichheit brüskierte. Der Neokonservatismus provozierte damit die turbulenten und teilweise intelligenten, epochemachenden Proteste der Mittelschichtjugend. Die Unterschicht (die ja die breite Mehrheit der Bevölkerung ausmacht) war grösstenteils mit ihrem von der US-amerikanischen Wirtschaftshegemonie gehobenen Lebensstandard zufrieden, der auch die Mittel zur Befriedigung übermaterieller Bedürfnisse gewährte: durch ausserehelich kanalisierte Prestigesexualität und Kulturindustrie, Zuschauersport und militärfreundlichen Nationalismus. Ihre Wünsche nach Freiheit, Gerechtigkeit und Harmonie waren in diesen Konsumismus und Kollektivzentrismus erfolgreich übersetzt und politisch resistent fixiert. Die systemische Gefahr erwuchs vielmehr in Teilen der Mittelschicht, denn ihr post-materialism und radical professionalism wogten nicht nur im studentischen Nachwuchs. Dabei ging es um viel mehr als um individuelle Freiheit — aber bei Harvey kommen diese Einstellungen schlecht weg, er ist hierüber nicht gut informiert und verfügt auch über keinerlei sozialpsychologische Kenntnisse. Stattdessen wendet er sich eilig und gerne den ihm wohlbekannten Vorgängen in den US-amerikanischen und britischen Organisationen des Kapitals zu, wo zusammen mit Regierungsbürokratien der roll-back in den Massenmedien, Schulen, Universitäten usw. geplant und durchgeführt wurde. Die zentrale Frage, warum die radikalisierten Teile der Mittelschicht die egalitären, demokratischen und ökologischen Ideen im Stich liessen und zum Edelkonsumismus und seiner coolness-Popkultur überliefen, wird damit natürlich nicht beantwortet.

Im Unterschied zum Neokonservatismus appelliert der Neoliberalismus weniger an autoritäre Ideale der Triebunterdrückung und des kollektiven Sadomasochismus, sondern mehr an den Narzissmus der Prestigekonsumtion und des aggressiven Karrierismus, der auf jene Berufspositionen führt, welche die Finanzierung der höheren Prestigekonsumtion ermöglichen. Aber warum, wie schon gefragt, hatte er damit Erfolg? Mit ihm verwandt ist zweifellos der seit den Siebzigern im Gefolge der Nietzsche-Renaissance sich entwickelnde und in Akademia epidemisch vordringende Postmodernismus, sozusagen der Neoliberalismus für Intellektuelle. Darauf weist Harvey, der über den Postmodernismus wie über vieles andere ein kritisches Buch verfasste ('The Condition of Postmodernity', 1989; der Titel parodierte das initialzündende Werk J.-F. Lyotards von 1979), zu Recht hin. Aber dessen Erfolg wirft die gleiche Frage auf. Harveys simple These von der "inherent tension between the quest for individual freedom and social justice" (S.43) hat keine zureichende Erklärungskraft über den trivialen Gegensatz einiger Sinngehalte hinaus.

(3) Gleichwohl interessant ist der Überblick, den der Autor über die Propagandalinien der zwei platzbeherrschenden Parteien der USA entwirft. In den Siebziger Jahren erleichterten Gesetze zur Parteien- und Wahlkampffinanzierung und Beschlüsse des obersten Gerichtes die Korruption der Parteiapparate durchs grosse Geld. "Political Action Committees" der Konzerne, "which numbered eighty-nine in 1974, had burgeoned to 1,467 by 1982." (S.49) Die Lobby-Fauna im Treibhaus Washington hat seither sich so ungeniert vermehrt, dass es kaum noch frische Luft gibt.

Die Republican Party liess sich, in Einklang mit ihrer überwiegenden Tradition, entschlossen vor den Karren der spendefreudigen Konzerne, besonders der alten Industrien (Öl, Auto, Rüstung) und Grosslandwirtschaft, spannen und suchte dazu eine Massenbasis unter den konservativen Christen zusammen, die sich als ressentimentale "moral majority" breitzumachen begannen, um auf den permissiven Lebens- und Kulturindividualismus der "liberals" (in US-amerikanischer Bedeutung) und "elitists" einzudreschen, die zugunsten der Rechte und Lebensformen von Farbigen, Frauen, Homosexuellen, Ökophilen und anderen Minderheiten die überlieferte Staats- und Familienmoral zu zersetzen drohten. Die Neokonservativen um J. Kristol, D. Bell und N. Podhoretz, zumeist Schüler von L. Strauss, erteilten dazu in ihrer Hauszeitschrift 'Commentary' die intellektuelle Salbung. Wieviel dahin aber auch aus dem Kommunitarismus, jener ziemlich ambivalenten Modephilosophie der Siebziger und Achtziger, und aus verwandten Strömungen floss, sei hier dahingestellt.

Schwieriger gestaltete sich die Aufgabe für die Democratic Party. Ihre neuere Massenbasis umfasste neben den Gewerkschaften viele Gruppen der Benachteiligten und Diskriminierten, die sich nicht so leicht wie die konservativen Christen ideologisch irreführen und für oligarchische Interessen einspannen liessen. Die Parteiführung und dann die Clinton-Regierungen schlugen daher eine, notwendigerweise schwankende, Doppelstrategie ein: talk left, walk right. Sie passten sich mehr dem Neoliberalismus an und begünstigten die dazu geneigten Konzerne des Investment- und Spekulationskapitals einerseits, andererseits trompeteten sie eine Propaganda der reorganisierten ("restructured") Masseninteressen, die sie immer wieder durch grobe Einschnitte in die Sozialleistungen diskreditierten (Harvey findet dafür einige verständnisvolle Worte, S.51), was aber passenderweise im massenmedialen Hurrallärm der booming new economy unterging.

Zwischen dem Neokonservatismus und dem Neoliberalismus ergab sich so eine politisch-ideologische Arbeitsteilung. Die Mängel und Widersprüche der neoliberalen Politik sind

offensichtlich. Beginnend mit dem rücksichtslosen Rüstungskeynesianismus der Reagan-Regierungen, hat sich der neoliberale Staat immer wieder ungeniert als opportunistisch entblösst (und mit der kostspieligen Rettung der Wall Street-Banken 2008 durch die Zentralbank ist diese Prinzipienlosigkeit sicherlich nicht zum Abschluss gekommen).

Der Autor zählt als weitere Widersprüche auf:

— Die neoliberale Entfesselung des Marktes feigt die liberalen Ideale der individuellen Freiheit beiseite — ein alter Hut der Kapitalismuskritik, aber von der Globalisierung mit frischem Sturm gefüllt, zumal wenn das transnationale out-sourcing die bislang als sicher eingeschätzten jobs sogar der Mittelschicht lüftet.

— Hinter der Rationalitätsfassade der disziplinierenden Marktkonkurrenz und soliden Austerität im Interesse des shareholder value wälzen sich luxurierende Oligo- und Monopole der Spekulationshelden in Grotteskprofiten, Protzkonsum und Betrugsskandalen. Wenn CEOs bankrotter Konzerne mit zig Millionen Dollar Abfindungen ins Abendrot galoppieren, ballt sogar ein hollywood-benebeltes Publikum die Faust.

— Die um sich greifende Kommerzialisierung, auch intimer Sozialbeziehungen, zerrüttet die soziale Kohäsion und bedingt, was mit dem klassischen Ausdruck der Durkheim-Schule "Anomie" genannt wird, vor allem Kriminalität, psychosomatische Krankheiten, Depressionen, Süchte, und nährt in der Jugend zynisch-egoistische und nihilistische Einstellungen.

Als Antwort auf diese dem Krisenmass sich nähernden Symptome bietet sich der Neokonservatismus an. Die wirtschaftliche Anarchie der globalen Märkte erzeugt die soziokulturelle Anarchie der Egozentriker und Egoisten — aber jene darf nicht gezügelt werden, sondern die soziokulturellen Effekte sollen unterdrückt werden, und zwar nach dem uralten Muster der Binnenintegration durch ablenkende Aussenaggression, das schon im antiken Griechenland den niedergehenden Tyrannis und konfliktgeschüttelten Klassengesellschaften aus der Misere innerer Desintegration heraushalf. Das Muster entspringt der Kernstruktur des Autoritarismus überhaupt (wovon Harvey übrigens keine Ahnung zu haben scheint) und wird von den Neokonservativen der Bush II-Regierungen planvoll durchgeführt: die Autoritär-moral der traditionellen "Werte" nach innen und der Militarismus nach aussen, christlich-nationale Wiedergeburt der Festung USA und permanenter Krieg gegen beliebig definierte Terrorisimen im Ausland.

Die politisch-ideologische Arbeitsteilung der späten Modernität sieht damit so aus, dass der Neoliberalismus für die konsumistisch-libertäre Absorption der nachautoritären Charaktere sorgt (in Akademia erledigt dies der Postmodernismus), der Neokonservatismus hingegen für die Absorption der restlichen Autoritären und der vom Neoliberalismus Enttäuschten in traditionelle Binnen-vs.-Aussen-("wir gegen die")-Einstellungen. Beiden ist jedoch gemeinsam, was nicht über dem gelegentlichen Geplänkel zwischen beiden, zumal in den Feuilletons, zu vergessen ist, die Predigt für die mehr unternehmerische oder mehr subordinative Berufsanpassung an die in Marktordnung gehaltene Basis; Christentum und Libertinage dürfen allein in der geschäfts- und berufsergänzenden Freizeit des Privatlebens und der Kultur ausgelebt werden. Beide können sich daher auch in manchen der nichtwirtschaftlichen, somit sekundären Themen mehr oder weniger berühren oder mischen.

In den letzten Kapiteln bilanziert Harvey die Errungenschaften und entwirft die Zukunftsaussichten des Neoliberalismus. Es dürfte nicht überraschen, dass die Bilanz fast durchweg negativ ausfällt:

— die Raten des Wirtschaftswachstums, dessen Befreiung aus der Stagflation der Neoliberal-

ismus zum obersten Ziel erhoben hatte, waren meistens geringer als vorher, dafür vergrösserte sich die Ungleichverteilung des Reichtums;

— die meisten Entwicklungs- und Schwellenländer, die sich dem neoliberalistischen Diktat der US-amerikanisch gelenkten IWF und Weltbank unterwarfen, hatten sich durch schwere Krisen zu quälen;

— die globalen Durchschnitte der Indikatoren für Lebensqualität wie Gesundheit, Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, zweite und dritte Bildungsstufe nahmen ab, die Armutsraten, ausser in China und Indien, nahmen zu;

— die Zerstörung der Naturumwelt hat mittlerweile, u.a. dank der antiökologischen Störrigkeit der US-amerikanischen Regierungen und der rücksichtslosen Industrialisierung und Motorisierung Chinas, solche Ausmasse angenommen, dass sich sogar die PR-Agenturen der Konzerne schwertun, sie weiterhin zu verleugnen.

Die einzige nennenswerte systemische Verbesserung, die der Autor anzuführen weiss, ist die Verringerung der Inflation — aber dies mit einer starken, teilweise und regional extremen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, besonders in den Entwicklungsländern, und mit der Reduzierung der Sozialleistungen in den OECD-Ländern. Mit einer gewissen Ironie kann sich der Autor im übrigen nicht enthalten, darauf hinzuweisen, dass die zwei neoliberalen Lokomotiven der globalen Konjunktur, die USA und China, eher keynesianisch verfahren als rigoros neoliberal: “The US has resorted to massive deficit-financing of its militarism and its consumerism, while China has debt-financed with non-performing bank loans massive infrastructural and fixed-capital investments.” (S.152)

Doch Harvey macht sich Sorgen — jede Ära der liberalen Exzesse hat bislang in desaströse Krisen geführt, einige in Krieg und Faschismus. Auch der gegenwärtige Finanzkarneval wird, wie ja viele einsichtige Vertreter und Diener des grossen Kapitals selbst warnen, in einem gewaltigen Krach enden (die Prophezeiungen haben sich, nach der Veröffentlichung des Buches, 2007/08 bewahrheitet). In den Krisen haben die Unterschichten viel mehr zu leiden als die Oberschichten, weswegen natürlich ein progressiver Autor wie Harvey vorzieht, dass Krisen überhaupt vermieden werden. Die Gegenwart hat zwischen dem Kurs des Sozialdemokratismus, der einen erträglichen, die Lebensinteressen der Massen befriedigenden und stabilen Kapitalismus zu steuern und gegen dessen liberale Auswüchse zu erhalten trachtet, und dem krisenträchtigen des neoliberalen Finanzkapitals zu wählen, das, um der Steigerung der Kapitalmacht willen, die Systemstabilität in Exzessen zu verspielen neigt: “Paradoxically, a strong and powerful social democratic and working-class movement is in a better position to redeem capitalism than is capitalist class power itself. While this may sound a counter-revolutionary conclusion to those on the far left, it is not without a strong element of self-interest either, because it is ordinary people who suffer, starve, and even die in the course of capitalist crises [...] rather than the upper classes.” (S.153) Der Humanist hält es lieber mit der erfahrungsgemäss gesunden Mitte, in gleicher Distanz zur extremen Linken wie zum extremen Kapital.

Wie erscheinen in diesem Lichte die Zukunftsaussichten der neoliberalisierten Gesellschaft ?

Am Boden der Klassenhierarchie sammelt sich eine zunehmende Schicht der Hoffnungslosen, die vom neoliberalen, oligopol und megakapitalistisch dominierten Markt nichts als Armut und Verzweiflung zu erwarten haben — entsprechend dem Neoliberalismus eine neue Auflage des marginalisierten Bodensatzes des Proletariats des 19. Jahrhunderts,

nunmehr nach dem italienischen Neologismus *Prekariat* genannt. Der Autor sichtet, mehr noch als damals Engels, die zunehmende Fusion des untersten Randes des *Prekariats* mit dem, was früher *Lumpenproletariat* hiess: die heutzutage völlig areligiöse, desillusionierte Reservarmee sucht sich Auswege in einer informellen *Kriminalwirtschaft* des Drogen-, Waffen- und Menschenhandels.

Daneben kristallisieren sich politische und halbpolitische Bewegungen diverser Neokynismen und Neanarchismen. Auch neureligiöse Sekten mit mehr oder weniger adventistischem Einschlag und zumeist hohem Emotionsgrad breiten sich von den USA über Brasilien bis China in erstaunlicher Schnelle aus, desgleichen ihr Widerhall in den etablierten christlichen, islamischen und buddhistischen Kirchen. Die revolutionären oder radikalreformerischen Bauern- und Landarbeiterbewegungen, die sozialdemokratischen Regierungen in Lateinamerika und sogar die indische Kongresspartei gehen in ihren Programmen auf Distanz zum Neoliberalismus und betrachten seine Handlanger IWF und Weltbank mit Misstrauen. Das US-amerikanische Establishment in Akademia und Wirtschaft selbst wird von Zweifeln und, miraculöserweise, von Anfällen der Selbstkritik heimgesucht: von J.Sachs und J.Stiglitz bis G. Soros — es regen sich offizielle Bedenken und entsprechende feierliche Deklarationen wie schon auf dem Millennium Summit 2000. Den gravitätischen Phrasen sind bisher natürlich keine angemessenen Taten gefolgt, welche die Wurzel des Übels anpacken, die der Autor in der entfesselten Dominanz des Finanzkapitals erblickt.

Gut dialektisch wendet sich seine Suche den systemimmanenten Defekten und Krisentendenzen zu: “when income and wealth inequalities reach a point — as they have today — close to that which preceded the crash of 1929, then the economic imbalances become so chronic as to be in danger of generating a structural crisis.” (S.188 f) Die wichtigsten Krisenindikatoren tauchen einer nach dem anderen in den USA auf: gigantische Staatshaushalts- und Zahlungsbilanzdefizite, rasche äussere Währungsentwertung, Labilität der Finanzmärkte, zunehmende Arbeitslosigkeit bei stagnierenden Löhnen — was in dieser Galerie fehlt, ist noch die Kapitalflucht. Bei einer Volkswirtschaft, die eine tägliche Zufuhr von fast zwei Milliarden Dollar Auslandskapital benötigt, um ihr Handelsbilanzdefizit zu bezahlen, ist das fehlende Gemälde nicht schwierig zu ergattern. Harvey zeigt, auch mittels klarer Diagramme, dass die Wirtschaftshegemonie der USA ihren Gipfel überschritten hat. Zitieren wir nochmals eine an Drastik nichts zu wünschen übrig lassende Stelle: “Private capital flows into the US have, however, seriously diminished (except to buy up relatively cheap assets given the fall in the value of the dollar) and so it is the world’s central bankers — particularly in Japan and China — that now increasingly own America Inc. For them to withdraw support from the US would be devastating for their own economies since the US is still a major market for their exports. But there is a limit to which this system can progress. Already one-third of stock assets on Wall Street and nearly half of US Treasury bonds are owned by foreigners, and the dividends and interest flowing out to foreign owners are now roughly equivalent to, if not more than, the tribute that US corporations and financial operations are extracting from abroad [...] This balance of benefits will turn more strongly negative the more the US borrows” (S.190), und der Autor kommt zu dem entscheidenden Schluss: “The perpetual increases in debt-financed consumerism that have been the foundation of social peace in the US since 1945 would have to stop.” (A.a.O.) Harvey argwöhnt, dass die Oligarchie der USA auf rücksichtslos “reini-gende” Krisen hofft, und zwar Krisen solcher Art, die wie früher die Macht der Oligarchie irgendwie, z.B. durch dann scheinbar unausweichliche Sparprogramme bei den staatlichen

Sozialleistungen, steigern, also die fiskalische Redistribution zugunsten der Unterschicht sehr vermindern. Oder wie in der savings & loan crisis von 1987, indem die Steuerzahler fast 200 Milliarden Dollar für die Rettung der Sparkassen aufzubringen hatten. Es gibt für die Oligarchie nur zwei fundamentale Typen von Auswegen aus der Krise:

(1) Eine kurze Extremdeflation des Dollars würde die US-amerikanischen in- und ausländischen Schulden auf bezahlbare Ausmasse verringern, natürlich auch die Ersparnisse und Pensionsansprüche des "kleinen Mannes", ein sehr erwünschter Nebeneffekt. Solche Inflationspolitik, wie Deutschland im Gefolge der Kriegsniederlage 1920-23 betrieb, prallt allerdings gegen den herrschenden Monetarismus, der auch der US-amerikanischen Zentralbank die Prinzipien der hehren Solidität liefert. Sobald sie absehbar wäre, würde eine globale Flucht aus dem Dollar, der ja auch die Weltreservewährung ist, panikartig einsetzen und dieser ins Bodenlose fallen, so dass die Auslandsschulden der USA nicht mehr zu bezahlen wären. Die Hegemonialmacht stünde bald vor dem Bankrott wie manches Drittweltland, dem sich die USA via IWF und Weltbank als Vorbild zu empfehlen pflegen.

(2) Im Gegensatz dazu steht der Ausweg in die deflationäre Rezession, den die japanische Wirtschaft nach dem Platzen der *baburu keizai* in den Neunzigern gewählt und bis heutzutage nicht ganz verlassen hat können. Es ist allerdings ungewiss, ob die Region Ost- und Südasiens, unter Führung Chinas und Indiens, anstelle der US-amerikanischen Überkonsumtion genug Nachfrage für die globale Wirtschaft erzeugen können, und falls ja, so wären die Folgen für die Naturumwelt weitaus schlimmer als wie schon bisher. Ausserdem würde auch in solchem Falle die Wirtschaftshegemonie von den USA an andere Grossmächte übergehen, wogegen ihnen die Militärhegemonie noch eine Weile erhalten bliebe. Im Innern wären jene quasi-konfiskatorischen Massnahmen fällig, die schon oben am Beispiel früherer Krisen skizziert worden sind. Das Finanzkapital lässt sich seine Schulden vom Staat bezahlen oder mit Staatsgarantien erleichtern und prolongieren, während das Sacheigentum der Unter- und Mittelschichten, vor allem kleine Immobilien im Eigengebrauch tief abgewertet und zu Spottpreisen dem aufkaufenden Finanzkapital übereignet werden. Dass der wohlfahrtsstaatliche Transfer an die Unterschichten sehr vermindert wird, um jene Kosten des Staates auszugleichen, versteht sich dabei von selbst. Harvey entdeckt hier die hauptsächliche Funktion des neu erstarkten Autoritarismus, der zur Zeit unter der Flagge des Neokonservatismus segelt: die Opposition der Unterschichten durch Nationalismus usw. in Aggressivität nach aussen abzulenken und den widerspenstigen Rest polizeistaatlich zu unterdrücken (S.195 f). Die schleichende und zunehmende Krise des Machtsystems der USA erfordert diese neue Stufe des Autoritarismus, zumal aussenpolitisch ihre Hegemonie nach dem Ende des Sowjetimperialismus in das Endstadium getreten ist, entgegen der mit gigantischem Pump finanzierten Scheinblüte: "The rest of the world no longer looks to the US for military protection and has broken free from US domination in almost everything. The US has never been so isolated from the rest of the world politically, culturally, and even militarily as now [...] It lost its dominance in global production during the 1970s and its power in global finance began to erode in the 1990s. Its technological leadership role is being challenged and its hegemony with respect to culture and moral leadership is waning fast, leaving its military strength as its only clear weapon of global domination. Even its military might is confined to what can be done with high-tech destructive power wielded from thirty thousand feet up. Iraque has demonstrated its limits on the ground." (S.196 f)

Harvey fürchtet, dass die Wahl der Oligarchie, sobald mit den Möglichkeiten der

Überkonsumtion die Massenunterstützung der Wirtschaftsordnung schrumpft und damit die oligarchischen Machtpositionen, auf den zweiten Ausweg fällt: “A beleaguered and plainly threatened US state has, the argument goes, an obligation to defend itself, its values, and its way of life by military means if necessary. Such a catastrophic and in my judgement suicidal calculation is not beyond the capacity of the current US leadership.” (S.197) Dieser Katastrophenkurs liegt umso näher, als religiöser Aberglaube, vor allem in Form diverser Apokalyptiken, und enorme politische Ignoranz in der Bevölkerung der USA weit verbreitet sind, wogegen die politische Opposition relativ schwach, zersplittert und teilweise ähnlich desorientiert ist. Wir werden nach der nächsten Präsidentschaftswahl der USA im Herbst 2008 erleben, wie weit sich des Autors Befürchtungen erfüllen werden.

Wie zu erwarten, votiert Harvey für einen Sozialdemokratismus, freilich nicht ausschliesslich für einen in alter Gestalt. Er zählt die vielfältigen Oppositionsbewegungen auf, die rund um den Erdball, wenn auch weniger innerhalb der USA, gegen den Neoliberalismus entstanden sind und deren die meisten darauf beharren, ausser- oder unterhalb der klassischen Organisationsform, der zentralisierten Parteibürokratie, zu operieren. Eine immense Vielfalt der partikularen, oft nur lokalen Interessen drückt sich darin aus und speist ebenso viele Weltansichten; zusammen kommen sie nur in fluktuierenden Bündnissen der verschiedensten Breite und Aktionsweise, vom diskutierenden Bürgerforum bis zu neoanarchistischen Gewaltmeuten (wieder weist der Autor auf Hardts und Negris “multitude in motion” hin). Natürlich mischen dabei auch alte und neue Arbeiterparteien mit, wovon einige es, wie in südamerikanischen Staaten, zur Regierung gebracht haben.

Insgesamt allerdings erspät der Autor in dieser bunten Flora und Fauna nichts, was der geballten und zielsicheren Macht des neoliberal reorganisierten Kapitals gewachsen wäre. Im Schicksal des World Social Forum, des Gegenstücks zum Davoser Januarspektakel, stellt sich die Schwäche der labil organisierten Oppositionsvielfalt exemplarisch dar; nach einigen Jahren abgeschlafft, ist es mittlerweile eingestellt, während die Oligarchen aller Länder sich weiterhin munter in den Schweizer Alpen vereinigen — sie haben eben mehr zu verlieren als die anderen. Hier wirft Harvey ein Licht auf die altbekannte Vermittlung zwischen kohärenter Theorie und wirksamer Organisation: ohne solide, systematische Theorie der Gesellschaft keine auf Dauer effektive Organisation und umgekehrt desgleichen. Während die Seite des Kapitals durchaus weiss, was real, und besonders: was reell ist, und demgemäss erfolgreich Politik treibt, die wiederum die Theoriearbeit finanziert, zerkrümelt sich die Linke in Grüppchenanarchie und lässt sich vom Postmodernismus einen rettungslosen Perspektivismus einblasen, in dem sich letztlich alle Realität aufzulösen scheint. Der rechtschaffene Theoretiker macht hier seinem Unmut Luft: “many progressives were increasingly persuaded that class was a meaningless or at least long defunct category. In this, progressives of all stripes seem to have caved in to neoliberal thinking since it is one of the primary fictions of neoliberalism that class is a fictional category that exists only in the imagination of socialists and crypto-communists.” (S.202)

Also zurück aus dem relativistischen Taumel zur nüchternen Klassentheorie: “The first lesson we must learn, therefore, is that if it looks like class struggle and acts like class war then we have to name it unashamedly for what it is. The mass of the population has either to resign itself to the historical and geographical trajectory defined by overwhelming and ever-increasing upper-class power, or respond to it in class terms.” (A.a.O.) Jedoch soll dies keine Rückkehr zum veralteten Klassenbegriff des Marxismus sein, sondern Faktoren wie Rasse, Gender, Sprache und Ethnie einbeziehen. Dies hört sich vernünftig an, aber was ein so

angereicherter und veränderter Begriff noch mit Klasse zu tun hat, bleibt leider offen — der Autor hegt, wie oben gesagt, eine Passion für den Klassenbegriff, für einen modernisierten, wohlgeordnet, aber ohne ihn näher zu bestimmen und seine Beziehung zum überholten zu beleuchten. Er scheut sich nicht vor Ausdrücken wie “Popular as well as elite class movements” (S.202) zurück und lässt damit den Leser umso ratloser. Wie auch immer, die neue Klassentheorie soll sich, gut sozialdemokratisch, von der kommunistischen Utopie fernhalten und keine Geschichtsmetaphysik konstruieren: der Prozess der Klassenkämpfe hat keinen vorhersagbaren Ausgang. Mehr will eine ‘Brief History’ dazu nicht verlautbaren; es ist nicht ihre Aufgabe, sondern fällt einem theoretischen Werk zu.

Mit diesem Buch hat Harvey eine hervorragende Darstellung der Neoliberalisierung vorgelegt, die Studenten zu lesen sehr zu empfehlen ist und die weite Verbreitung verdient. Die genannten Mängel des Buches wiegen angesichts seiner Verdienste nicht sehr schwer. Allerdings ist ihm ein weiterer Mangel anzukreiden, der weniger die Lektüre belastet, als vielmehr die Grenzen dieser Art von politisch-wissenschaftlicher Literatur sichtbar macht. Es wagt sich gelegentlich, von seinem breiten Thema genötigt, in Bereiche vor, von denen sein Autor offensichtlich so wenig versteht, dass er seichte oder dubiose Urteile zu fällen gezwungen ist, z.B. über politische und wirtschaftliche Angelegenheiten Japans oder Deutschlands, immerhin der zweit- und drittgrössten Wirtschaftsmächte. Dies zeigt einmal mehr, dass ein Sozialwissenschaftler heutzutage so spezialisiert sein muss, dass er nicht mehrerer Bereiche zugleich zu decken vermag, sondern mit anderen, ihn ergänzenden Spezialisten zusammenarbeiten muss. Die Kehrseite der Spezialisierung ohne die notwendige ergänzende Kooperation ist eine strukturelle Tendenz zur Zentrik des eigenen Bereichs: Harvey konzentriert sich grossenteils auf die USA und, in zweiter Linie, Britannien (ausserdem nimmt sich, der gegenwärtigen Mode gemäss, ein Kapitel China vor). Eine gewisse Anglozentrik, nicht nur thematisch, verdirbt dem Leser manchmal den Geschmack. Das Buch ist nicht ganz frei von Tribut an den gewöhnlichen exceptionalism, der den US-amerikanischen Nationalismus, wie viele andere, quasi-religiös durchzieht. Es kennt zudem nur anglophone Fachliteratur, und dies bei einem solchermassen internationalen Thema (andere Sprachen als Englisch scheinen dem Autor unbekannt). Hier und da verrät sich ein verschämtes Bestreben, der niedergehenden Supermacht USA auf linkem Wege etwas von ihrer globalen Hegemonie zu retten. Was der Dollarwirtschaft die Seignorage als Weltreservewährung, ist dem anglophonen Professor die sprachliche und wissenschaftspolitische Hegemonie der USA. Sein Buch klingt mit einem Aufruf aus, F.D.Roosevelts wohlfahrtsstaatliches Programm des New Deal zu erneuern. Aussenpolitisch führte dies damals zu der “Hegemonie des Guten” oder dem benign imperialism der “**one world** of human rights and welfare for everyone”, von dem die Aussenpolitik und -wirtschaft der USA noch jahrzehntelang eine gewisse Legitimation nach innen ebenso wie nach aussen bezog, bis der Neoliberalismus und -konservatismus den Rest verspielten.

### III.

2003 veröffentlichte Harvey ein Buch mit theoretisch-analytischem Anspruch über das neokonservative Stadium der USA-Hegemonie: ‘**The New Imperialism**’, Oxford 2003, im selben Verlag, Oxford University Press (253 S., ISBN-19-926431-7), als Paperback 2005, mit einem neuen Nachwort. Der Titel knüpft an H.Arendts ‘Imperialism’ von 1968 und spielt

natürlich auch negativ auf Hardts und Negris 'Empire' an, die ja ausdrücklich das Zeitalter des nationalstaatlichen Imperialismus für vergangen und vom internationalen "Empire" abgelöst erklären (Hardt und Negri danken übrigens Harvey für die hilfreiche Kommentierung des 'Empire'). Es entstand aus Vorlesungen an der Universität Oxford, was dem Buchtext noch anzumerken ist und die leichte Lesbarkeit fördert, andererseits eine parlando-Langatmigkeit und unterhaltsame Lockerheit bedingt, die jenem Anspruch nicht gerade entgegenkommen. Prägnante Schärfe und gedrängte Tiefe zählen nicht zu den Stärken des Buches.

Das erste Kapitel, wohl um die Aufmerksamkeit des Publikums mit einem damals brandaktuellen Politikbezug aufzuputschen, untersucht die Pläne der USA-Oligarchie für den bevorstehenden Angriff auf den Irak und findet das hauptsächliche Motiv weniger allein im direkten Zugriff auf dessen Ölreserven, als darin, von Saudi-Arabien über Irak und Iran bis zu den mittelasiatischen Stan-Staaten sich die Verfügung über die bei weitem grössten Ölvorkommen insgesamt zu sichern, um mögliche Hegemonierivalen wie China oder EU, heutzutage wirtschaftlich und militärisch von Ölimporten abhängig, in Schach zu halten, und einen geomilitärischen Riegel zwischen Asien und Europa zu schieben, der eine in den USA seit der Nachkriegszeit befürchtete Allianz Eurasien erschweren soll (dem letzteren Ziel dient auch die US-amerikanische Hofierung einiger neuer EU-Mitgliedsstaaten Osteuropas). Diese Wende in der Aussenpolitik — nicht in der Wirtschaft — vom Neoliberalismus der Clinton-Regierungen zum Neokonservatismus der Bush II-Regierungen ging Hand in Hand mit jener oben erwähnten Innenpolitik der Sozialintegration einer egoistisch-individualistisch zerfallenden Gesellschaft durch Ablenkung in äussere Aggression und Expansion. Harvey bezieht sich auf H. Arendts (nicht gerade originelle) Hobbes-Interpretation, dass die neuzeitlich-areligiöse Individuengesellschaft stets dazu tendiere, to "collapse overnight into the aimless, senseless chaos of the private interests from which it sprang" (zitiert S.16). Dies als gesellschaftliche Folge des wirtschaftlichen Neoliberalismus der Achtziger und Neunziger Jahre: "Society seemed to be fragmenting and flying apart at an alarming rate.[...] Part of George Bush's electoral appeal in 2000, I suspect, was his promise of providing a strong-minded and tough moral compass to a civil society spiralling out of control." (S.17) Aus dieser Integrationspolitik folgt im Äusseren ein Imperialismus, der, in Machtköpfen mit anderen Imperialismen verstrickt, zur Selbsterhaltung ständig grössere Macht anhäufen muss. Nietzsches Einsicht, dass die Macht sich nur durch Selbststeigerung behaupten kann, kommt hier wieder einmal zu ihrem Recht.

Das zweite Kapitel versucht sich zuerst an Bestimmungen der Macht und Hegemonie unter Anleihen bei Arendt und dem Wallerstein-Schüler G.Arrighi. Unterschieden wird zwischen einer machtpolitischen "logic of territory" und einer "logic of capital", die erstere Logik führt zum Imperialismus, der die in- und ausländische Kapitalakkumulation, Ergebnis der zweiten, zu erleichtern und zu schützen hat. Viel Neues oder gar Interessantes kommt bei dieser Analyse nicht heraus, Foucault grüsst Marx, aber das Wichtige steht schon in Arendts 'Imperialism'. Dann aber folgt eine brauchbare Übersicht der Strukturgeschichte des bourgeoisen Imperialismus von 1870 bis zur Gegenwart: "How America's Power Grew". Etwas zu eng lehnt sich Harvey dabei an Arendts fragwürdige Konstruktion, dass der Nationalstaat von sich aus nicht zum Imperialismus neige, sondern sein überakkumuliertes und koloniale Auswege suchendes Kapital dazu Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus aktivieren muss. So einfach und so allgemein war die Geschichte gewiss nicht. Arendts Bündnis zwischen dem Exportkapital und dem chauvinistischen "mob" gab es zweifellos, aber weder war der Nationalstaat an sich unschuldig, noch waren viele Kolonien profitabel. Dies ist aber ein

Problem von geringerer Bedeutung, hervorzuheben ist vielmehr Harveys Geschick, mit dem der Aufstieg und die Eigenart des USA-Imperialismus gegenüber dem absteigenden Britanniens, den Rivalen Japan und Deutschland und später dem adversären Sowjetimperium umrissen werden. Die spezielle Mischung des USA-Imperialismus aus militärisch-politischem Zwang, konsensueller Hegemonie auf der Basis führender Technik und Finanzmacht, kulturindustriellem Primat und, nicht zu vergessen, Schutzmacht für das Kapital aller Länder erlebte ihre Blüte in der Ära nach dem Zweiten Weltkrieg, von 1945 bis 1970. Sie endete in den Strudeln, welche die Kosten des Vietnam-Krieges, die Stagflation infolge dessen, aber auch des Fordismus und Keynesianismus, die Erstarkung der japanischen und westdeutschen Exportwirtschaft u.a. erzeugten.

Mittels der zwei in US-amerikanische Regie genommenen Ölkrisen, welche die Öldollars den US-amerikanischen Finanzhäusern zuleiteten, schob sich die industriell geschwächte Hegemonie mit Hilfe der Informationstechnik auf das Finanzkapital mit dem Neoliberalismus als Begleitmusik. Die Ära der "Globalisierung" brach in den Achtzigern durch, die USA erlebten eine beispiellose Deindustrialisierung, allein einige patentgeschützte Techniken und kurzlebige Produktivitätsvorsprünge und vor allem rasch zunehmende Kapitalimporte finanzierten einen hektischen Konsumismus, dem sich alle Sozialschichten, meistens mittels mehr und mehr Verschuldung, wie einer Sucht überliessen: "The US was moving towards becoming a rentier economy in relation to the rest of the world and a service economy at home. But sufficient wealth accrued to continue the consumerism that had always been the basis of social peace." (S.66) Dies Zeitalter der neoliberalen Hegemonie ging 2000/01 im grossen Krach der "new economy" unter, als die weltweit bewunderten "dot.coms" haufenweise in den Bankrott purzelten, die Milliarden-Dollar-Skandale dem Publikum den Atem raubten und die alldimensionale Rekord-Verschuldung der USA angesichts der gigantischen Handelsbilanzüberschüsse ostasiatischer Wirtschaften nicht mehr zu ignorieren war.

Harvey fragt sodann: USA — was nun? Und mustert einige alternative Auswege aus der Krise durch, z.B. dass der US-amerikanische Imperialismus sich mehr zu militärischen Abenteuern wendet und die Ölhähne besetzt (mit dem Irak-Krieg ist der Anfang gemacht), dass die USA friedlich den Übergang der Hegemonie an die ostasiatische Region tolerieren und sich einem harschen Austeritätprogramm unterwerfen, um sich von der Überkonsumtionssucht zu befreien, oder dass ihre herrschende Klasse eine Neuauflage des Rooseveltischen New Deals akzeptiert (wofür Harveys 'Brief History' plädiert, siehe oben). Stattdessen haben wir, fünf Jahre später, eine Wiederholung oder Verlängerung der neoliberalen Hegemonie erlebt, die sich mit einer neokonservativen Politik ergänzt. Und zur Zeit schlittert die USA-Wirtschaft wieder in eine Krise. Sogar ein Marsbewohner würde, mit oder ohne Hegelsche Geschichtsphilosophie, daraus schliessen, dass diese Hegemonie notwendigerweise immer wieder in einer Krise zu enden scheint. Die obige Frage ist also heute zu wiederholen.

Das dritte und vierte Kapitel widmen sich der theoretischen Analyse des neuen Imperialismus. Der Autor hat solche schon in zwei früheren Büchern unternommen ('The Limits to Capital', 1982, und 'Spaces of Capital', 2001) und präsentiert hier eine lockere Zusammenfassung, die einen streckenweise wie eine Seminareinführung für studentischen Nachwuchs anmutet. Um es kurz zu machen: zu einer tieferen Analyse scheint der Wille zu fehlen. Was hier vorgelegt wird, geht im Kern nicht darüber hinaus, was bei den marxistischen Klassikern, von Marx und Engels bis Luxemburg und Lenin, über die Probleme der Kapitalakkumulation, die Auswege aus dem tendenziellen Fall der Profitrate, den profitbahnenden Imperialismus

usw. zu finden ist. Harveys “theory of a [...] spatio-temporal fix” für die Akkumulationsprobleme ist in der Tat nur eine “reformulation of Marx’s theory of the tendency for the profit rate to fall” (S.87 f), eine Reformulierung mit aktueller Illustration. Das hat seine Verdienste hinsichtlich der Aktualisierung der Beispiele, der wünschenswerten Auseinandersetzung mit neueren Wirtschaftstheorien und der Anwendung auf die Politik, aber bietet ansonsten nichts wesentlich Neues.

Hinzugefügt werden lediglich eine kleine Politökonomie der Regionalität, die jedoch nichts Interessantes zu den klassischen Akkumulationstheorien beiträgt, und des weiteren als Kuriosum ein kompliziertes Kreislaufmodell der Kapitalverwertungen, das, zwar neu, aber eher zur Konfusion als zu mehr Anschaulichkeit führt (S.110), der vor allem ja ein grafisches Modell dienen soll. Die Analyse kommt stets wieder auf den politischen Schluss früherer Theorien, z.B. J.Hobsons, zurück: entweder sozialdemokratisch-reformerische Umverteilung des überakkumulierten Kapitals in gesellschaftlich nützliche Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen sowie in die Hände der das Umverteilte konsumierenden Mehrheit — oder rastlos-krisenträchtiger Imperialismus nach aussen mit Unterdrückung nach innen.

Es lässt sich dabei, wie mehrmals angedeutet, ein (neo)liberaler und ein (neo)konservativer Imperialismus unterscheiden. Der erste operiert im Prinzip nur mit marktwirtschaftlichen Mitteln, wozu freilich Propaganda, Korruption und organisationale Pressionen gehören; der zweite mischt den neoliberalen Mitteln die politische und militärische Intervention bei, von politischer Drohung und Betrug bis Angriffskrieg und Plünderung. Harvey zitiert dazu aus R. Luxemburgs Hauptwerk ‘Die Akkumulation des Kapitals’, ohne sich ihrer heute als überholt angesehenen Unterkonsumtionstheorie der Akkumulation anzuschliessen. Er findet vielmehr bei Luxemburg das Theorem der Doppelköpfigkeit der Akkumulation, nämlich einerseits durch den friedlichen, privatrechtsvertraglichen Kauf-Verkauf der Arbeitskraft und somit ihrer legalen Ausbeutung in der folgenden Mehrwertproduktion und andererseits durch Enteignung mittels Gewalt und Betrug. Diesen Aspekt hatte Marx ‘Kapital’ idealtypischerweise allein der ursprünglichen Akkumulation zugeschrieben. Luxemburg und dann Arendt entdecken ihn hingegen als Merkmal auch der marktmässigen Akkumulation im etablierten Kapitalismus — denn dieser funktioniert auf Dauer nicht ohne Imperialismus, der dem überschüssigen Kapital Schneisen in noch nicht durchkapitalisierte Sozialräume schlägt. Harvey nimmt das Theorem auf und nennt den Sachverhalt “accumulation by dispossession” (S.144), enteignende Akkumulation. Unter diesem Terminus ergänzt er die alten, von Marx angeführten Symptome mit neuen und neuesten Phänomenen, wobei allerdings die Grenzen zwischen der marktmässigen und der enteignenden Akkumulation verschwimmen: “the strong wave of financialization that set in after 1973 has been every bit as spectacular for its speculative and predatory style. Stock promotions, ponzi schemes, structured asset destruction through inflation, asset-stripping through mergers and acquisitions, and the promotion of levels of debt incumbency that reduce whole populations even in the advanced capitalist countries, to debt peonage, to say nothing of corporate fraud and dispossession of assets (the raiding of pension funds and their decimation by stock and corporate collapses) by credit and stock manipulations [...] but above all we have to look at the speculative raiding carried out by hedge funds and other major institutions of finance capital as the cutting edge of accumulation by dispossession in recent times.” (S.147) Weiterhin stellt der Autor dazu das TRIPS-agreement über intellektuelles Eigentum, legale Biopiraterie und die Privatisierung öffentlichen Eigentums, wie seit den Achtzigern in grossem Ausmass nicht nur in den postsozialistischen, sondern auch in den sozialdemokratischen

Gesellschaften durchgeführt. Fast die ganze Palette der neoliberalen Errungenschaften taucht somit unter der Rubrik der enteignenden Akkumulation auf und stellt dadurch wiederum die wichtige kategoriale Differenzierung in Frage, die der Autor zwischen der marktmässigen und der enteignenden Akkumulation, dem neoliberalen und dem neokonservativen Imperialismus vollzieht. Dem Autor gehen hier offensichtlich die moralischen Gäule durch. Seine Empörung über den Kasinokapitalismus in Ehren — der nüchternen Analyse ist sie nicht zuträglich. Aber schliesslich scheint ihm dies egal. Die Lage ist einfach: der neoliberalisierte Kapitalismus hat sich das chronische Problem der Überakkumulation verschärft und die Lösung durch Redistribution blockiert. Er blockiert daher selbst die weitere Akkumulation auf friedlichem, marktmässigem Wege und drängt auf den gefährlichen Ausweg des neokonservativen Imperialismus, in die Akkumulation durch Gewalt: “this seems to be the heart of what contemporary imperialist practice is about. The American bourgeoisie has, in short, rediscovered what the British bourgeoisie discovered in the last three decades of the nineteenth century, that, as Arendt has it, ‘the original sin of simple robbery’ which made possible the original accumulation of capital ‘had eventually to be repeated lest the motor of accumulation suddenly die down’. If this is so, then the ‘new imperialism’ appears as nothing more than the revisiting of the old, though in a different place and time.” (S.182)

Angesichts dieser Gefahr schlägt der Autor, wie in seiner späteren, zuvor besprochenen ‘Brief History’, einen alternativen Typ des Imperialismus vor, den sozialdemokratischen eines “new ‘New Deal’” (S.209), und hofft, dass dieser in “a far less violent and far more benevolent imperial trajectory” (S.211) verlaufe als der neoliberale und daraus hervorgehende neokonservative. Mehr sei in der gegenwärtigen Lage nicht erreichbar. Und ob dies erreicht werde, hänge von dem politischen Kampf der progressiven Kräfte in den USA ab. “With respect to that the rest of the world can only watch, wait, and hope.” (S.212) Auch “across-the-board anti-Americanism” sollen wir, der Rest der Welt, uns nicht erlauben. Vielleicht besser, dass wir, statt zu beobachten und zu hoffen, uns um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern ?